

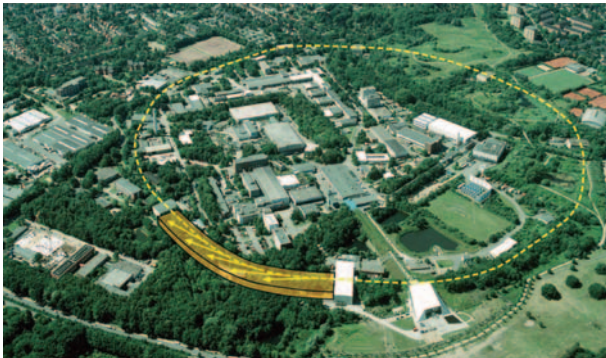
4) http://europa.eu.int/comm/space/whitepaper/pdf/whitepaper_de.pdf

angenommenen Weißbuches über die europäische Weltraumpolitik⁴⁾ soll nun bis Ende 2005 ein europäisches Weltraumprogramm verabschiedet werden.

ALEXANDER PAWLAK

Mehr Licht dank PETRA

Ende Mai haben der Bund und das Land Hamburg vereinbart, eine neue Synchrotronstrahlungsquelle der dritten Generation gemeinsam zu finanzieren. Für 225 Millionen Euro soll demnach der Beschleuniger PETRA am Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg umgebaut werden zur weltweit brillantesten Speicherringquelle für den Röntgenbereich. Derzeit dient der 2,3 Kilometer lange PETRA-Ring (Positron-Elektron-Tandem-



Der PETRA-Beschleuniger bei DESY soll ab 2007 zu einer leistungsstarken Synchrotronstrahlungsquelle umgebaut werden (Foto: DESY)

Ring-Anlage) als Vorbeschleuniger für den seit 1992 betriebenen, über 6 Kilometer langen HERA-Beschleuniger, in dem weltweit einmalig Elektronen oder Positronen mit Protonen kollidieren. Nach der Stilllegung von HERA soll PETRA ab 2007 umgebaut und eine neue Experimentierhalle errichtet werden. Ab 2009 soll dann an bis zu 15 Messplätzen Synchrotronstrahlung vom Vakuum-UV-Bereich bei rund 50 eV bis hin zum harten Röntgenspektrum bei rund 100 keV für die unterschiedlichsten Experimente aus Materialwissenschaften, Molekularbiologie und anderen Disziplinen zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Entscheidungen über neue Großgeräte hatte die Bundesregierung bereits vor zweieinhalb Jahren entschieden, den PETRA-Umbau zu fördern.^{*)} Die Vereinbarung sieht nun vor, dass der Bund 90 Prozent der Kosten trägt und Hamburg die restlichen 10 Prozent. PETRA III, so der Name der neuen Quelle, wird der „Spitzenforschung in Deutschland international

exzellente Bedingungen sichern“, sagte Bundesministerin Bulmahn. Gemeinsam mit der bestehenden Quelle DORIS und dem Freie-Elektronen-Laser für Röntgenstrahlung XFEL wird am DESY somit ein „Zentrum von Weltrang“ für breite interdisziplinäre Forschung mit Synchrotronstrahlung entstehen. Der Röntgenlaser XFEL, für den kürzlich das Planfeststellungsverfahren begann, soll als europäisches Projekt von 2006 bis 2012 gebaut werden. Er wird extrem brillante, ultrakurze Röntgenpulse liefern, die völlig neue Möglichkeiten für die Strukturforschung eröffnen werden. Von den Kosten in Höhe von 908 Millionen Euro wird Deutschland voraussichtlich 60 Prozent übernehmen, zahlreiche europäische Länder haben ihre Absicht erklärt, sich am XFEL zu beteiligen. (SJ)

Exzellente Initiative?

Nach monatelangem Hickhack hat sich die Bund-Länder-Kommission Mitte Juni endlich auf eine Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen geeinigt. Die Entscheidung liegt nun, nach dem Redaktionsschluss dieses Heftes, bei den Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Schröder.

Mit der Exzellenzinitiative wollen Bund und Länder einen Wettbewerb um projektbezogene Förderung von Spitzenforschung an deutschen Hochschulen anstoßen. Das Programm soll ausgewählte Hochschulen in die Lage versetzen, international wettbewerbsfähige Forschungsprofile zu etablieren bzw. auszubauen. Dazu werden von 2006 bis 2011 zusätzliche 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, pro Projekt 75 % durch den Bund und 25 % durch das jeweilige Sitzland. Das Programm sieht drei Säulen vor:

- ▶ projektbezogene Förderung von Graduiertenschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs (durchschnittlich je 1 Mio. Euro zuzüglich 20 % Programmkostenpauschale)
- ▶ projektbezogene Förderung von Exzellenzclustern für die Spitzenforschung (durchschnittlich je 6,5 Mio. Euro zuzüglich 20 %)
- ▶ Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung (durchschnittlich 21 Mio. Euro; insgesamt 210 Mio. Euro zuzüglich 20 %).

Neue Sonderforschungsbereiche

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat Ende Mai 16 neue Sonderforschungsbereiche eingerichtet, darunter fünf aus der Physik:

- ▶ Der SFB „Starke Korrelation und kollektive Phänomene im Strahlungsfeld: Coulomb-Systeme, Cluster und Partikel“ beschäftigt sich mit der Wechselwirkung von elektromagnetischer Strahlung und Materie. (Sprecher: K.-H. Meiwes-Broer, U Rostock)
- ▶ Mit Schaltern auf Nano-Ebene beschäftigt sich der SFB „Elementarprozesse in molekularen Schaltern an Oberflächen“. (Sprecher: M. Wolf, FU Berlin)
- ▶ Im Mittelpunkt des SFB „Molekulare Antwort nach elektronischer Anregung“ stehen photoinduzierte Prozesse in komplexen Systemen. (Sprecherin: C. Marian, U Düsseldorf)
- ▶ Der Transregio „Quantenkontrolle in maßgeschneiderter Materie: Gemeinsame Perspektiven von mesoskopischen Systemen und Quantengasen“ beschäftigt sich mit grundlegenden Fragen zur Quantenmaterie. (Sprecher: T. Pfau, U Stuttgart)
- ▶ Schließlich soll sich der Transregio „Grundlagen komplexer Plasmen“ Ordnungsphänomenen und Phasenübergängen sowie chemischen Prozessen an Oberflächen von Partikeln und Festkörpern in Wechselwirkung mit reaktiven Plasmen widmen (Sprecher: J. Meichsner, U Greifswald).

Schneller und transparenter rufen

Der Wissenschaftsrat unterbreitet Vorschläge zur Reform der Berufungsverfahren.

Bis zum Jahr 2014 werden voraussichtlich über 50 % der Hochschul-lehrerinnen und -lehrer ausscheiden. Der Wissenschaftsrat hat dies zum Anlass genommen, das Berufungsverfahren neu zu überdenken, damit die frei werdenden Stellen zügig mit qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden können.¹⁾

Nach der Einschätzung des Wissenschaftsrates, die sich mit einer

^{*)} vgl. Physik Journal, März 2003, S. 6

¹⁾ Die vollständige Empfehlung des Wissenschaftsrates findet sich unter www.wissenschaftsrat.de/texte/6709-05.pdf

kürzlich verabschiedeten Resolution des Deutschen Hochschulverbandes (DHV)²⁾ deckt, dauern Berufungsverfahren derzeit oft zu lange, bieten nur wenig Transparenz für die Bewerber und sind zu bürokratisch. Im Schnitt zieht sich ein Berufungsverfahren von der Ausschreibung bis zur Ernennung fast zwei Jahre hin. Das bringe erhebliche Einbußen bei der Qualität und Kontinuität der Lehre mit sich und verringere auch die Wettbewerbsfähigkeit der Universität in der Forschung. Ein Grund seien die oft langen Leerlauf- und Wartezeiten zwischen den einzelnen Phasen des Verfahrens. Unklare Zuständigkeiten führen dazu, dass sich kein Gremium für die zügige Organisation verantwortlich fühlt. Auch die Transparenz der Verfahren lasse zu wünschen übrig. Gründe für die Auswahl der Gutachter seien z. B. nicht immer einsichtig und die Bewerber würden nicht regelmäßig und selbstverständlich über den jeweiligen Stand des Verfahrens informiert. Der DHV hat bereits 2002 Leitlinien für den Umgang mit Bewerbern veröffentlicht, in denen er

u. a. fordert, Bewerber unverzüglich über den Eingang der Bewerbungsunterlagen zu informieren sowie sie über den Fortgang des Verfahrens auf dem Laufenden zu halten.

Um die Berufungsverfahren schneller und transparenter zu gestalten, empfiehlt der Wissenschaftsrat, die Verantwortlichkeiten zu klären, einen Berufungsbeauftragten in das Verfahren einzubinden, externe Experten zu beteiligen, die Instrumente zur Qualitätssicherung zu verbessern und die Bewerber besser zu informieren. Dazu sollte das Berufungsrecht auf die Hochschulen übertragen werden, wie in einigen Bundesländern bereits geschehen. So hätte die Hochschulleitung die zentrale Zuständigkeit für das Berufungsverfahren, wäre für die straffe Durchführung verantwortlich und würde die Berufungsverhandlungen führen. Personell sollte sie durch einen Berufungsbeauftragten unterstützt werden, der als Verbindungsglied zwischen Hochschulleitung und Berufungskommission und auch als direkter Ansprechpartner für die Bewerber fungiert. Über die Zusammensetzung der Beru-

fungskommission soll die Fakultät entscheiden. Ihre Aufgabe ist es, eine Kandidatenliste zu erstellen und die Qualifikation der Bewerber in Forschung und Lehre mithilfe externer Gutachter zu beurteilen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt weiterhin, Fristen einzuführen, innerhalb derer ein Bewerber einen Ruf annehmen oder ablehnen muss. Bleibeverhandlungen dürften in diesem Zusammenhang nur noch von der abgebenden Hochschule initiiert werden, die zur gleichen Zeit wie der Bewerber über den Ruf informiert wird.

Juniorprofessoren sollten künftig ebenfalls durch ein ordentliches Berufungsverfahren gefunden werden. Ähnliches gilt für eine mögliche spätere Übernahme als Professor an der eigenen Hochschule. Diese sollte ausschließlich im Rahmen eines offenen Wettbewerbs mit interner und externer Leistungsevaluation erfolgen, ähnlich den Tenure-Verfahren amerikanischer Spitzenuniversitäten.

ANJA RAGGAN

2) www.hochschulverband.de/cms/fileadmin/pdf/resolutionen/berufungsverfahren.pdf